

**Im Wahlkreis Potsdam I**  
 haben sich die Wahlen entschieden, da erst jetzt das Resultat von Berlin-Reinickendorf bekannt ist. Dadurch erhielt die SPD noch ein weiteres Mandat, so daß sie insgesamt 133 Sitze im neuen Reichstag einnimmt. Das folgende Resultat von Potsdam I zeigt nunmehr folgende Zahlen:

Sozialdemokraten	341 311	(273 498)
Deutschnationale	224 135	(284 814)
Zentrum	21 207	(22 555)
Deutsche Volkspartei	64 752	(71 100)
Kommunisten	168 006	(169 957)
Demokraten	50 189	(56 847)
Christl. Volkspartei	3 811	(—)
Reichspartei f. d. Mittelstand	49 716	(43 829)
Reichslandvolkspartei	16 283	(25 751)
Nationalsozialist. Block	15 447	(—)

Die kommunistische Partei konnte also ihre Zahl um 38 000 Stimmen steigern.

**Das Ergebnis der Landtagswahlen in Anhalt**

Das vorläufige amtliche Ergebnis der Landtagswahlen in Anhalt, falls sich selbsterklären lassen:

	Stimmen	Mandate
Sozialdemokraten	84 386 (78 675)	15 (15)
Deutschnationale	13 510 (—)	2 (—)
Deutsche Volkspartei	38 852 (—)	6 (—)
Landvolk	21 607 (74 638)	4 (14)
Wahl. Haus u. Grundbes.	8 125 (—)	2 (—)
Wahl. Landpartei	6 775 (—)	— (—)
Zentrum	2 588 (2 408)	— (—)
Kommunisten	11 947 (11 232)	3 (2)
Demokraten	8 435 (11 009)	2 (3)
Christl. Volkspartei	779 (—)	— (—)
Nationalsozialist. Block	4 108 (7 858)	1 (1)
Reichspartei	1 922 (—)	— (—)
Wahl. Haus	1 072 (—)	— (—)

**Glück ?**

Am Mittwochmorgen ist in Berlin der bekannte Gerichtsbeamte Herr Dr. Gluck (Paul Schlegel), gestorben. Man ihm ist nicht nur einer der befähigten und tüchtigsten bürgerlichen Journalisten dahingegangen, sondern auch einer der letzten und besten Vertreter des alten Journalismus, deren Wert sich nicht durch die Zeit verliert. Bekannt ist sein mannhaftes Eintreten für Max Weber, bekannt auch sein früher Kampf gegen die Meinungslosigkeit. Glück waren seiner Tätigkeit Schranken durch seine bürgerliche Weltanschauung, nicht noch durch die Unwissenheit gegeben, doch kann man von ihm sagen, daß er zu den wenigen gehört, die ehrlieh bemüht waren, die Probleme der Zeit verstehen zu lernen. Glücklich ist die Zeit des klassischen Journalismus vorbei — es herrscht die rücksichtslose Diktatur der großen Zeitungsunternehmen, jener Konzerne, denen die Produktion der öffentlichen Meinung nichts weiter als Geschäft ist. Glück war in dieser Gesellschaft ein weiser Mann!

**Freie Gewerkschaften und Große Koalition**

Sobald nach den Wahlen in die SPD mit den bürgerlichen Parteien in Verhandlungen über die Bildung einer Regierung der Großen Koalition eingetreten. Das Zustandekommen einer solchen Regierung würde die größten Auswirkungen auf die Gewerkschaften haben, deshalb hat jeder Gewerkschafter damit zu rechnen.

Die sozialdemokratischen Führer behaupten, daß es der Arbeiterklasse nützlich sei, wenn Sozialdemokraten in der Regierung und auf den oberen Beamtenposten sitzen. Sie könnten so mehr für die Arbeiterklasse herausfinden, als wenn die Regierung nur aus bürgerlichen zusammengesetzt wäre.

Das ist innerhalb der SPD die Meinung geteilt. Eine Arbeiterschaft in dieser Partei vertritt den Standpunkt, daß man als Oppositionspartei mehr erreichen könne, als wenn man sich an einer Regierung mit bürgerlichen beteilige.

Diese letzte Meinung in der SPD beruht auf der Erfahrungstatsache, daß die bürgerlichen Koalitionsparteien in einer Koalitionsregierung in allen wichtigen Fragen rechtlos ihren Willen durchsetzen und die sozialdemokratischen Minister und Beamten lediglich die Beschlüsse der Bourgeoisie durchzuführen haben. Es gibt also schon sozialdemokratische Arbeiter, die die Schamlosigkeit der Koalitionspolitik erkannt haben.

Somit sehen wir, daß sogar SPD-Mitglieder, die für die Große Koalition sind, mit großer Zurückhaltung den Auswirkungen der Koalitionspolitik entgegensehen.

Wenn die SPD bei Forderung der Verhältnisse vertritt, diejenigen Arbeiter, die für die SPD gestimmt haben, haben das in der Hoffnung getan, daß eine Stärkung der SPD bessere Verhältnisse, als sie bis jetzt bekamen, herbeiführen werden. Theoretisch bestehen für die SPD zwei Möglichkeiten. Entweder außerhalb der Regierung zu bleiben, wie das ein Teil der SPD-Arbeiter erhofft hat, oder in eine Koalitionsregierung zu gehen. In diesem Falle müßte die SPD den Beweis liefern, daß die Koalitionspolitik mindestens eine bessere Politik treiben könne, als die bürgerliche Koalitionspolitik.

Die Parteiführung der SPD weiß, daß dieser Beweis nicht zu liefern ist. Aus einem Artikel der sozialdemokratischen Volksstimme, Frankfurt a. M., geht hervor, daß die sozialdemokratische Partei bereits die Anweisung hat, bestimmte Versprechungen nicht zu wiederholen und die Arbeiterklasse schonend darauf vorzubereiten, daß von einer Wiederherstellung des gesetzlichen Achtstundentages, von höheren Realloöhnen, von der Aufhebung der Schlichtungsordnung, von einer Erhöhung der Erwerbslosenbezüge usw. keine Rede sein kann. Es ist nicht unsere Schuld, wenn das Frankfurter SPD-Blatt keine Ausgabe trotz dieser Erklärung und so deutlich schreibt:

„Es ist denkbar, daß die harte Arbeit unserer Genossen für die Wahl etwa mit einem sozialdemokratischen Reichs-

kanzler endet, der nicht die Macht hat, den Achtstundentag durchzuführen, ohne den alle Sozialpolitik nur Karikatur ohne Saft und Kraft bildet.“

Diese Frage des Frankfurter SPD-Blattes ist beantwortet. Wir Kommunisten haben sie schon längst beantwortet. Daraus, daß Sozialdemokraten mit Kapitalisten in eine Regierung gehen, wird für die Arbeiterklasse nicht das geringste erreicht. Alles, was die Arbeiterklasse erreichen will, kann sie nur in hartem Kampf gegen das Kapital durchsetzen.

Damit kommen wir zu dem für die freien Gewerkschaften entscheidenden Punkt. Durch die Teilnahme sozialdemokratischer Führer an einer Koalitionsregierung wird für die Arbeiterklasse nicht nur nichts erreicht, sondern es wird ihr ungeheurer Schaden zugefügt dadurch, daß die SPD-Führer alles einsehen werden, um die freien Gewerkschaften noch mehr als bisher zu lähmen. Wenn nämlich Sozialdemokraten in der Regierung sitzen, werden sie jeden größeren Arbeitskämpf als einen Kampf gegen den Staat“ bezeichnen und die Bewegung der Arbeiter mit allen Mitteln bekämpfen. Es hat sich ja während des letzten Wahlkampfes besonders deutlich gezeigt, daß die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer sich nur als ausführende Organe der SPD-Politik betrachten. Beim Feschen einer Koalitionsregierung betrachten sie die ADGB-Führer als ausführende Organe dieser Koalitionsregierung. Das bedeutet, daß sie konsequent die Gewerkschaften zu lähmen versuchen.

Diese Lähmung der Gewerkschaften ist die große Gefahr, die die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter gelassen entgegenzutreten müssen. Es muß alles eingezogen werden, daß gerade jetzt die gewerkschaftliche Kampfkraft voll zur Entfaltung kommt. Denn das Antisozialistengesetz geht zur verschärften Strafe über. Durch die Preissteigerung und zwangsweise Lohnsteigerungen notwendig geworden. Während die Arbeiterklasse so wichtig werden muß, befindet sich der Achtstundentag und die Streikfreiheit zurückgeworfen, müssen diese Ziele durch außerparlamentarischen Kampf der Arbeiterklasse erreicht werden. Die Schlichtungsordnung muß fallen! Den hungernden Arbeitern muß geholfen werden! Es ist möglich, durch den außerparlamentarischen Kampf die Bourgeoisie zu erzwingen, wenn die Arbeiterklasse geschlossen kämpft und die Sozialdemokratischen Führer mitkämpfen.

Ausgabe der Opposition in den Gewerkschaften ist es, alles Arbeiter in die Auswirkungen des sozialdemokratischen Bündnisses mit der Bourgeoisie heranzuführen. Die Lähmung der Gewerkschaften zu verhindern und die bisher notwendigen Kämpfe zu organisieren. Auf Grund des Wahlergebnisses kann die Opposition in allen Gewerkschaften jetzt und entschlossener auftreten. Die Sympathien der Arbeiterklasse für die Opposition sind gestiegen, durch entschlossenes Handeln wird sie mehr und mehr auch das Vertrauen derjenigen Arbeiter erwerben, die in falschen Hoffnungen nochmals der SPD gefolgt sind.

**Phosgenlager in Nadebühl**

Die Empörung, die durch die fürchterliche Hamburger Giftgaskatastrophe hervorgerufen wurde, hat jetzt auch Einzelwelten zu Erklärungen gezwungen, die die Berechtigung unserer Forderungen gegen die Scheinproduktion von Giftgas nachweisen. Jetzt plötzlich wird festgestellt, daß überall Giftgas produziert wird, nicht nur in Hamburg, sondern auch in Ludwigsfelde und jetzt erst bekommen sich die Herren von den Demokraten es auszuwandern — auch in Nadebühl bei Dresden! —

Es handelt sich um die Firma Chemische Fabrik von Henden AG, die das todtbringende Phosgen fabriziert. Die demokratische Landtagsfraktion hat nunmehr folgende Anfrage eingebracht:

Nach Zeitungsmeldungen wird das Phosgen außer in Ludwigsfelde noch im Kreisland Sachsen, und zwar in Nadebühl fabriziert. Mit Rücksicht auf die fürchterliche Katastrophe, die sich in Hamburg ereignet hat, fragen wir die Regierung: Trifft diese Feststellung zu? Wenn ja, ist mit absoluter Sicherheit damit zu rechnen, daß bei der Fabrikation und Aufbewahrung des Gases in Nadebühl jede Gefahr für die Bevölkerung ausgeschlossen ist?

Berechnend für diese Anfrage ist, daß sich natürlich die Herren Demokraten nicht gegen die Fabrikation wenden, sondern nur gegen evtl. Explosionen. Sie sind grundsätzlich ebenso für die Giftgasproduktion im kapitalistischen Staat wie die Sozialdemokraten, die in frecher Weise die deutsche Giftgasproduktion auf Sommerurlaub abwählen wollen, obgleich die Firma Stolzenberg selbst erklärt, daß sie zwar im Jahre 1926 in Rußland eine Phosgenfabrik bauen sollte, daß sich dies jedoch erledigen habe, und daß sie hauptsächlich an Amerika und die Fischschiffahrt liefere. Dabei ist natürlich verschwiegen, inwieweit deutsche Heereslieferungen in Frage kommen, über die damals zwar die SPD-Presse geschrieben hat, heute jedoch kein Wort dazu ärgert. Gerade bei dieser Giftgaskatastrophe zeigt sich die wahre Front aller Kriegshetze, denn die Sozialdemokraten sind ebenso wie alle kapitalistischen Politiker für jede Phosgenfabrikation, wenn sie nur einem künftigen Krieg gegen die Sowjetunion dient. Um so

schärfer haben die Arbeiter aller Richtungen, insbesondere aber die gewerkschaftlich organisierten, die Pflicht, ihre Macht dahingehend geltend zu machen, den kapitalistischen Giftgasproduzenten das Herdhandwerk zu legen. Das muß das Echo dieser Giftgaskatastrophe sein, sollen nicht die fürchterlichen Menschenopfer umsonst gewesen sein und ungerührt bleiben!

**Mitteilung des SPD-Parteipräsidenten**

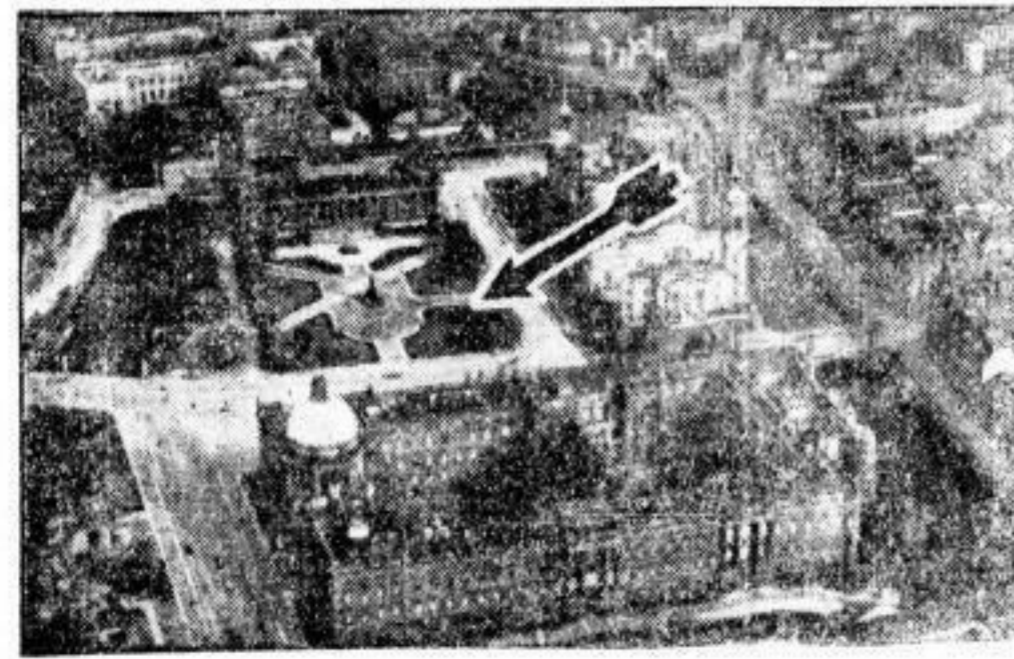
Hamburg, 21. Mai. (Eig. Drahtmeldung.)

Im Hamburger Krankenhaus befinden sich weitere zehn bis fünfzehn Personen in Lebensgefahr. In Hamburg sind etwa noch zehn Fälle von Vergiftungserscheinungen zu verzeichnen. In der gestrigen Bürgerkriegsversammlung wurde die Polizeibehörde zugewiesen, daß Giftgas seit 1927 mit Genehmigung der Senatspolizei in Hamburg gelagert wird.

Der demokratische Redner Kolbenbaum wies nach, daß es sich um Stoffe handelt, die im Sommer 1927 aus dem Senatslager an die Firma Dr. Stolzenberg überlassen wurden. Die Feuerwehre habe bereits im Anfang des Monats Bedenken geäußert und wäre die Hamburger Senatspolizei nicht ganz unschuldig. Die beiden großen Keßel und die 3000 Stahlflaschen seien verrotzt gewesen, auch haben jegliche Signale und Gasmasken gefehlt.

Der kommunistische Redner wies nach, daß die Keßel schon in schlechtem Zustand aus dem Senatslager gekommen sind. Man hat die Keßel zugeschweißt, anstatt daß sie gemietet wurden. Letzteres mußte auch der Vertreter des Senats zugeben. Schon voriges Jahr sind verschiedene Arbeiter durch Vergasung ohnmächtig geworden. Der Polizeiverleitet Schöne (der SPD) erklärte, es seien alte Keßel der Reichsbahn gewesen.

Die Sozialdemokraten versuchten vergeblich, diese ihr unangenehme Tatsache durch eine müde antihumanitäre Frage zu verschleiern.



★  
 Berlin  
 Luftparten vom Flugzeug  
 aus gesehen  
 Hier wird am Sonntag  
 Rot-Front  
 aufmarchieren  
 ★

**Tarifverhandlungen in der Berliner Metallindustrie**

Kapitalisationspolitik der Gewerkschaften

Berlin, 24. Mai. (Eigene Drahtmeldung.)

Die gestern nachmittags mit dem Verband der Berliner Metallindustriellen geführten Verhandlungen über den Neuaufschluß des Mantelvertrages erzielten damit, daß die Parteien sich darauf einigten, daß 3 Vertreter der Metallindustriellen und 3 Vertreter der Tarifkommissionen der Metallarbeiter eine Kommission bilden, die die Verhandlungen zunächst weiterführen sollen.

Zum Beginn der gestrigen Verhandlungen einigte man sich dahingehend, daß der bis zum 31. Mai geführte Mantelvertrag um 4 Wochen verlängert wird. Der Vertreter des ADGB erklärte, daß eine Herabsetzung der wöchentlichen Arbeitszeit von 48 auf 46½ Stunden, eine Erweiterung der Rechte der Betriebsvertretungen bei der Beschäftigung, Überstunden und die tarifliche Regelung für Lehrlinge nicht in Frage kommt.

**Antistreitjustiz gegen die Rheinschiffer**

Essen, 24. Mai. (Eigene Drahtmeldung.)

Das Duisburger Arbeitsgericht hat den streikenden Rheinschiffern das Betreten der Schiffe verboten. Ausländische und auswärtige Mannschaften, die ihre Wohnungen meistens auf den Schiffen haben, sind damit auf die Straße geworfen. Unter den Rheinschiffern herrscht über den Schandspruch des Arbeitsgerichts Duisburg ungeheure Erregung.

Dieser Vorstoß der Antistreitjustiz gegen die Rheinschiffer ist nur deswegen möglich, weil die Gewerkschaftsführer überall nur den Angriffen der Unternehmer kapituliert haben. Die Folge der Niederlagenstrategie ist der verschärfte Angriff der Klassenjustiz auf die Streikenden.

**Nach 66 Stunden noch lebend geborgen**

Newark, 24. Mai. (Eigene Drahtmeldung.)

Die Zahl der in der Mather-Grube ausgewundenen Leichen hat sich auf 92 erhöht. 104 Bergarbeiter werden noch vermisst. Der in der Grube ausgebrochene Brand dehnt sich noch aus und zwingt die Rettungsmannschaften ihre Arbeit aufzugeben.

Ein Arbeiter wurde noch lebend geborgen, nachdem er 66 Stunden von der Außenwelt abgeschlossen war. Er wurde aus einem verfallenen Luftschacht mit fünf anderen, die bereit waren, geborgen.

**Antifaschistische Bombenwürfe in Buenos Aires**

Nach Newarker Meldungen explodierte im italienischen Konsulat in Buenos Aires eine Bombe, die 12 Personen tötete und 41 verletzte. Bisher konnte noch nicht festgestellt werden, ob sich auch der Konsul unter den Toten befindet. Man nimmt an, daß es sich um ein antifaschistisches Attentat handelt, da gleichzeitig im Keller der italienischen Bank eine Höllenmaschine explodierte und großen Sachschaden anrichtete. Obgleich von den Tätern jede Spur fehlt, verhaftete man ganz willkürlich mehrere hundert Kommunisten.

**ROTER KAMPFER BUND**

**Roter Klassenaufmarsch im Roten Berlin**

**5. Pfingsten 1928 /** Gegen imperialistischen Krieg, Faschismus und Koalitionspolitik der SPD  
 Für die Verteidigung der Sowjetunion / Für den Sieg der Roten Front